



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Harald Güller, Florian Ritter, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Was den Menschen und den Unternehmen wirklich hilft: Solide und gerechte Steuerpolitik für Zukunftsfähigkeit und Zusammenhalt Bayerns

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekennt sich zum Leitbild eines modernen Bürgerstaats.

Der Staat ist kein Selbstzweck. Er ist für die Bürgerinnen und Bürger da und er ist als moderner Staat offen, vorausschauend, nachhaltig und immer dort, wo die Menschen ihn brauchen.

Solide Landesfinanzen sind die Grundlage für einen handlungs- und leistungsfähigen Staat und für eine gute Politik. Nur eine auskömmliche und solidarische Finanzierung unseres Freistaates Bayern erhält und baut den notwendigen Spielraum für sozial gerechte und ausgeglichene Politik aus und ermöglicht es notwendige Zukunftsinvestitionen zu stemmen.

An der Finanzierung der Gesellschaft müssen sich auch die Unternehmen in angemessener Weise beteiligen. Das trifft gleichermaßen auf international tätige und erfolgreiche Konzerne zu wie auch auf kleine und mittelständische Unternehmen.

Der Landtag unterstützt deshalb alle Maßnahmen für eine gerechte Unternehmensbesteuerung in Deutschland, Europa und darüber hinaus.

- Steueroasen sind trocken zulegen.
- Regelungen für eine ermäßigte Besteuerung von Lizenzeinnahmen, wie z. B. bei Apple in Irland und Starbucks in den Niederlanden, sind international zu vereinheitlichen.
- Gewinne müssen national dort versteuert werden, wo sie erwirtschaftet werden.
- Bei Körperschafts- und Gewerbesteuer darf es keine Verschiebungen durch Lizenzmodelle geben. Es muss international eine gemeinsame Grundlage zur Bemessung der Körperschaftssteuer geben.

Der Landtag bekennt sich ausdrücklich dazu, kleine und mittlere Unternehmen in besonderer Weise zu unterstützen. Er unterstützt daher die Entwicklung und Einführung von Maßnahmen zur steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung.

Bei allen Maßnahmen ist darauf zu achten, dass es nicht zum Aufbau von unnötiger Bürokratie kommt. Bestehende Regelungen sind daraufhin zu überprüfen, ob sie auch einfacher vollzogen werden können.

Der Landtag setzt sich für eine Finanzpolitik ein, die kleine und mittlere Einkommen spürbar entlastet. Steuersenkungen für die Mitte der Gesellschaft sind in Zusammenarbeit mit dem Bund möglich und geboten.

Hinsichtlich des heutigen Solidaritätszuschlags unterstützt der Landtag die Vereinbarungen im zwischen CDU, CSU und SPD auf Bundesebene geschlossenen Koalitionsvertrag. Diese sind umzusetzen.

Der Landtag spricht sich gegen die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags auch für Einkommensmillionäre aus. Die schon gebetsmühlenartige Forderung der völligen Abschaffung begünstigt nur die reichsten Haushalte. Das reichste Zehntel der Gesellschaft trägt derzeit über 60 Prozent des Solidaritätszuschlags. Der Landtag hält die Entlastung hoher und höchster Einkommen von z. B. über 100.000 Euro für eine Einzelperson für nicht notwendig und spricht sich dafür aus, für diese höchsten Einkommen den heutigen Solidaritätszuschlag auf Dauer in den allgemeinen Einkommensteuertarif zu integrieren. An dieser Stelle auf über 10 Mrd. Euro Steuereinnahmen zu verzichten, hält der Landtag für unverantwortlich.

Bis auf extrem hohe Einkommen sind alle anderen Einkommen vom Solidaritätszuschlag, wie auf Bundesebene im Koalitionsvertrag vorgesehen, zu entlasten bzw. damit in den allermeisten Fällen völlig zu befreien.